

Björn Säger, MdB

Newsletter aus Berlin

Meine Position zur Griechenlandhilfe

Gut zwölf Monate nach dem ersten Rettungspaket müssen wir feststellen, dass das Bemühen, mit den getroffenen Maßnahmen und den zur Verfügung gestellten Mitteln die Situation in Griechenland nachhaltig zu verbessern, gescheitert ist. Trotz erheblicher und schmerzhafter Reformprozesse ist der griechische Patient weit davon entfernt, zu gesunden. Die Situation scheint wie 2010: ein Rettungspaket ist alternativlos. Ist es das? Es war bereits vor zwölf Monaten nicht alternativlos. Wie damals gibt es auch heute wieder eine ganze Reihe Ökonomen, die die Lage analysieren und auf dieser Grundlage zu dem Schluss kommen, eine Umschuldung müsse jetzt her. Als Ultima Ratio könne Griechenland den Staatsbankrott erklären und / oder aus dem Euro austreten und dann seine internationale Wettbewerbsfähigkeit

wieder herstellen. Die Bürger fragen sich ohnehin weshalb Mittel für Griechenland zur Verfügung stehen, die eigene Steuerentlastung z.B. aber ausbleibt. Als Ökonom teile ich die Analyse und neige auch dem Schluss zu. Ordnungspolitisch ist ein Ende mit Schrecken sicherlich besser als ein Schrecken ohne Ende. Als Politiker aber muss ich das Ausmaß des Schreckens beachten. Schon im letzten Jahr ging es im Kern nicht um Griechenland. Es ging um die Schäden, die der griechische Default im westeuropäischen Bankensektor und auf den internationalen Finanzmärkten auslösen kann und die Folgen, die sich daraus ergeben können. Und: im Kern geht es immer auch um Menschen, die natürlich darauf vertrauen, dass das Finanzsystem wie selbstverständlich funktioniert. Der Sinn des Rettungspakets ist

es, Zeit zu erwirtschaften. Zeit, die die EU und ihre Mitglieder brauchen, um sich weitgehend immun zu machen gegen Auswirkungen, die aufgrund von Staatsinsolvenzen und Umschuldungen entstehen können. Zeit, die genutzt werden muss, um die Verträge über die Wirtschafts- und Währungsunion mit wirksamen Maßnahmen zur Verhinderung einer zukünftigen, ähnlichen Situation aufzurüsten. Und Zeit, die die Griechen nutzen können, um mit beherzten Reformen die Umkehr vielleicht zu schaffen. Klar ist: der ordnungspolitisch saubere Weg ist dies nicht. Aber es geht hier auch nicht darum, den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften zu gewinnen. Es geht darum, ein Land mit 82 Mio. Menschen zu regieren, die man nicht eben mal einem wirtschaftswissenschaftlichen Feldversuch unterziehen kann.

Energiewende kommt nun schneller

Die Bundesregierung hatte schon im letzten Jahr einen Weg hin zu regenerativen Energien mit dem Energiekonzept beschlossen. 2050 sollen 80 Prozent der Energie regenerativ erzeugt werden. Das Tempo ist jetzt nach den Ereignissen in Japan noch mal verschärft worden. Wir wollen noch ambitionierter herangehen und es schaffen, dass 2022 das letzte Kernkraftwerk in Deutschland

vom Netz geht. Dieses Vorgehen steht auch im Einklang mit den Beschlüssen des Landesparteitages der FDP Hessen von Anfang April in Stadtlendorf. Die Forderungen nach einer schnellen Verabschiedung eines Netzausbaubeschleunigungsgesetzes, sowie eine schnelle Verabschiedung der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes und eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft bei

gezielter, verstärkter Förderung von Forschung und Entwicklung auf allen Feldern der regenerativen Energien, gehören ebenso zur Energiewende, wie eine schnellstmögliche, nachhaltige Lösung der noch offenen Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle unter Einbeziehung aller wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Mehr Infos auf: www.fdp-fraktion.de

Themen in dieser Ausgabe:

- > Griechenlandhilfe
- > Energiewende
- > Steuervereinfachung
- > Kommunale Finanzen
- > Vortrag beim BVI
- > Politik für den Wahlkreis
- > Aus dem Plenum
- > Fachkräftekonzept

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Finanzhilfen für Griechenland und die Energiewende in Deutschland waren *die* zentralen Themen der letzten Wochen in Berlin. Die Bundesregierung hat hier verantwortungsvolle Weichenstellungen vorgenommen, die durchaus kritisch hinterfragt werden können, aber letztendlich die vertretbaren Ergebnisse eines Abwägungsprozesses sind. Darüber hinaus gibt es jetzt auch mehr Bewegung in der Steuerentlastungspolitik, ein wichtiges Thema der FDP.

Ich wünsche Ihnen beim Lesen der letzten Ausgabe vor der Sommerpause viel Vergnügen!

Ihr 

Steuersystem wird einfacher, gerechter und moderner



Die FDP hat beim Thema Steuer vereinfachung geliefert. Das deutsche Steuersystem wird mit dem beschlossenen Steuer vereinfachungsgesetz 2011 einfacher, gerechter, moderner und unbürokratischer.

All diejenigen Steuerzahler, die ihre Steuererklärung selber machen, werden jetzt von unnötiger Bürokratie befreit. Mehrere Seiten Steuerformulare müssen nicht mehr ausgefüllt werden. Statt jährlich den Kampf mit den Formularwustern

aufzunehmen, müssen die Zahlen auf vorausgefüllten Steuerformularen nur noch geprüft werden. Angaben, welche den Finanzbehörden ohnehin vorliegen, müssen nicht mehr eingetragen werden. Die Berechnung der Entfernungspauschale wird vereinfacht, ebenso wie die Berechnung des Kindergeldes oder die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge. Damit wird die Steuererklärung einfacher und schneller zu erledigen sein. Ebenso sind der grundlegend verbesserte Abzug

von Kinderbetreuungskosten und der Wegfall des Einkunftnachweises beim Bezug von Kindergeld für Kinder in Berufsausbildung spürbare Vereinfachungen. Finanziell profitieren die Bürgerinnen und Bürger auch von der Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages. Das Gesetz bringt ebenso Erleichterungen für Unternehmen, indem auf viele Detailregelungen und schriftliche Belege verzichtet wird. So reduziert sich der Bürokratieaufwand um vier Mrd. Euro pro Jahr.

„Verlässliche Einnahmen und damit bessere Planbarkeit der kommunalen Finanzen bleiben weiterhin Ziel der FDP.“

Kommunale Finanzreform gescheitert

Aus Sicht der FDP-Fraktion ist das Scheitern der von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble eingesetzten Reformkommission äußerst enttäuschend. Unser zentrale Anliegen, die schwankungsanfallige, konjunkturabhängige Gewerbesteuer durch eine stabilere Einnahmequelle zu ersetzen, ist am Widerstand der kommunalen Spitzenverbände gescheitert. Dass die kommunalen

Spitzenverbände so vehement an der Gewerbesteuer festhalten, ist verständlich im Wirtschaftsaufschwung, kann sich jedoch schon bald als Bumerang erweisen.

Aus Sicht der FDP ist das Scheitern äußerst bedauerlich, denn erneut ist eine gute Chance vertan worden, die kommunalen Finanzen im Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden

auf eine solidere Basis zu stellen. Verlasslichere Einnahmen und damit bessere Planbarkeit für die Kommunen bleiben weiterhin unser Ziel. Wir warten nun gespannt auf den Abschlussbericht und werden dann entscheiden, ob auf parlamentarische Wege die Möglichkeit besteht, weitere strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzen noch zu erreichen.

Vortrag zur Altersvorsorge beim BVI

Altersvorsorge ist und bleibt ein Kernthema der FDP: Dies hat der Bundestagsabgeordnete Björn Sänger beim politischen Mittagessen des Bundesverbandes Investment und Asset Management am 18. Mai 2011 in Frankfurt am Main betont. Sänger gab Einblicke in die Arbeit des Finanzausschusses und aktuelle Themen. Der Finanzpolitiker bedankte sich für

die gute Zusammenarbeit und Unterstützung des BVI. Er begrüßte den Vorstoß in Sachen Pension-Pooling. Dies sei eine sehr gute Möglichkeit, die betriebliche Altersvorsorge effektiver zu gestalten und so für die Arbeitnehmer eine höhere Rendite zu erzielen. Er habe den Vorschlag sofort aufgegriffen, um noch in der OGAW-IV-Umsetzung auch das Pension-

Pooling zu ermöglichen. So schnell sei es zwar nicht gegangen, aber: Pension-Pooling werde zeitnah auch in Deutschland kommen. Die Verbesserung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge stehe ebenso auf seiner Agenda wie die Notwendigkeit, fundiertes Finanzwissen und Kenntnisse über die Altersvorsorge bereits in den Schulen zu vermitteln.



Björn Sänger beim Vortrag vor den Geschaftleitern der BVI-Vollmitglieder

Bundesministerium fördert Berufsorientierung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat mittels seiner Fördermaßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung dazu beigetragen, dass in Deutschland seit dem 1. April 2008 das Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und vergleichbaren Bildungsstätten etabliert werden konnte. Für den Zeitraum bis 2013 hat das BMBF mehr als 82 Mio. Euro bewilligt. Über 100.000 Jugendlichen wurde die Chance gegeben, einen Einblick

in die Arbeitswelt dualer Ausbildungsberufe zu erhalten. In der Region Waldeck/Kassel werden ebenfalls Projekte durch die Bundesregierung.

Ich freue mich sehr, dass das Programm auch für das Jahr 2011 eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung erhalten hat und damit seit dem 9. Mai 2011 im Rahmen dieser Berufsorientierung 268 Schülerinnen und Schüler im Bathildisheim e.V. (Bad Arolsen) praktische Erfahrungen in fünf Berufsfel-

dern, wie Metalltechnik, Holztechnik, Ernährung, Hauswirtschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Lagerlogistik machen können. Die Zuwendung des Bundesministeriums für diese Berufsorientierungsmaßnahme beträgt 107.200 Euro. Ebenfalls gefördert wird seit dem 31. Mai 2011 das Berufsförderungswerk des Handwerks e.V. (Korbach) mit 100.000 Euro, so dass hier 300 Schülerinnen und Schüler praktische Erfahrungen in drei Berufsfeldern, wie Metall, Holz und Bau machen können.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

**Auch im Walkreis 168
werden Maßnahmen
gefördert**

FDP-Fraktion fordert fairen Prozess für Ai Weiwei

Der chinesische Künstler Ai Weiwei, der durch seine Kunstwerke auf der letzten *documenta* in Kassel auch in Nordhessen Bekanntheit erlangte, ist frei. Die FDP-Bundestagsfraktion hat diese Nachricht mit Erleichterung aufgenommen. Aber er darf das Land nicht verlassen, solange das Verfahren wegen Steuerhinterziehung nicht abge-

schlossen ist. Die FDP-Fraktion forderte die chinesischen Justizbehörden auf, die Vorwürfe gegen den regimiekritischen Künstler vollständig und transparent in rechtsstaatlicher Weise aufzuarbeiten. Ai Weiwei gilt als einer der prominentesten Kritiker der kommunistischen Führung der Volksrepublik China. Nachdem zu Beginn

des Jahres sein Atelier in Shanghai geschlossen und Ausstellungen verhindert wurden, folgte Anfang April die Festnahme des 53-jährigen. Die FDP und Außenminister Guido Westerwelle hatten die chinesischen Behörden für ihr Vorgehen kritisiert und sich für die Freilassung des Künstlers eingesetzt.

**„Chinesische
Justizbehörden müssen
Vorwürfe gegen den
regimiekritischen
Künstler vollständig
und transparent in
rechtsstaatlicher
Weise aufarbeiten.“**

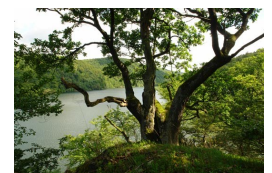
Nationalpark Kellerwald zum UNESCO-Kulturerbe erklärt

Das UNESCO-Welterbekomitee hat am Samstag in Paris den Nationalpark Kellerwald-Edersee gemeinsam mit vier weiteren Schutzgebieten zum Weltnaturerbe erklärt. Dies ist eine große Auszeichnung für den deutschen Wald. Das Gebiet Kellerwald-Edersee mit den Urwaldresten der Buchenwälder wurde am 1. Januar 2004 als Nationalpark ausgewiesen.

Auf einer Fläche von knapp 6000 Hektar schützt er südlich des Edersees einen der größten Rotbuchenwald-Bestände Mitteleuropas. Es gab Zeiten, in denen in Deutschland fast alle Wälder abgeholzt waren. Dank der Einführung des Nachhaltigkeitsprinzips haben wir heute wieder einen Waldbestand von rund einem Drittel der Landesfläche. Dies ist ein großer Ver-

dienst der deutschen Forstwirtschaft. Die heutige Baumartenzusammensetzung weicht jedoch erheblich von der natürlichen ab. Die Buche war früher der häufigste Baum in Deutschland. Mittlerweile beträgt ihr Anteil nur noch 15 Prozent. Zum Schutz der Biodiversität ist deshalb der Weg zu mehr Naturnähe im Wald weiter fortzuschreiten.

**Große Auszeichnung für
den deutschen Wald**



Aus dem Plenum

„Soziale Marktwirtschaft gedeiht in einem Klima der gesellschaftlichen Freiheit.“



Am 30. Juni habe ich im Plenum unter anderem zu einem Antrag der Linken (Drs. 17/6303) nach einer „neuen“ Bankenabgabe gesprochen. Die komplette Rede ist auf meiner Homepage (www.bjoern-saenger.de) und YouTube zu finden.

„Es hilft nichts, die Gewinnerzielungsabsicht der Branche zu geißeln. Wer soll denn den Industriestandort Deutschland finanzieren, wenn wir keine großen Banken und keine Privatbanken mehr haben? Bei allem Respekt vor der Leistungsfähigkeit unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken: Diese Banken allein werden diese große Aufgabe in unserem Land nicht schultern können. Dafür sind die zu bewegenden Volumina schlichtweg viel zu groß. Diesen Bankensektor zu zerschlagen, bedeutet, die Axt an die Industriearbeitsplätze zu legen, die uns gut durch die Krise geführt haben. Das werden wir Ihnen als Regierungskoalition nicht durchgehen lassen.“

Deutscher Bundestag
Björn Sänger, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227 74665
Fax: 030-227 76665
E-Mail: berlin@bjoern-saenger.de
Homepage: www.bjoern-saenger.de

Bildnachweis:
S. 2: BVI (unten)
S. 3: BMBF (oben)
S. 3: Nationalpark Kellerwald (unten)

Hintergründe zum Fachkräftekonzept

Warum braucht Deutschland ein Fachkräftekonzept?

Aufgrund des demographischen Wandels wird die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland dramatisch sinken. Schon jetzt gibt es in einigen Berufsgruppen einen Mangel, beispielsweise bei Ärzten und Ingenieuren, aber auch in der Alten- und Krankenpflege. Bis 2025 rechnet die Bundesagentur für Arbeit mit einer Lücke von fünf bis sechs Millionen Arbeitskräften.

Wie will die Bundesregierung den Fachkräftemangel beheben?

Zum Einen soll das inländische Potenzial ausgeschöpft werden. Das betrifft vor allem Frauen, ältere Arbeitnehmer und Jugendliche. Arbeitssuchende

sollen durch eine passgenaue Vermittlung und erfolgreiche Qualifikationen wie Umschulungen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Zum Anderen soll die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte erleichtert werden.

Wie soll die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte erleichtert werden?

Das deutsche Zuwanderungsgesetz steckt derzeit noch voller bürokratischer Hemmnisse. Notwendig ist daher die Schaffung eines Zugangs für ausländische Fachkräfte nach zusammenhängenden, klaren, transparenten und gewichteten Kriterien wie Bedarf, Qualifizierung und Integrationsfähigkeit. So kann auf die jeweiligen Bedürf-

nisse des Arbeitsmarktes reagiert werden. Die Vorrangprüfung soll entbürokratisiert und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht werden.

Welche weiteren bürokratischen Hemmnisse sollen abgebaut werden?

Die FDP-Bundestagsfraktion hat sich in ihrem Eckpunktepapier zum Fachkräftemangel dafür ausgesprochen, die Mindesteinkommensgrenze zur Erlangung einer Niederlassungserlaubnis für ausländische Fachkräfte auf 40.000 Euro zu senken. Derzeit liegt sie bei 66.000 Euro. Fachkräfte verdienen aber gerade am Anfang ihrer Karriere nicht so viel. Daher ist eine Absenkung auf 40.000 Euro geboten.



twitter.com/bjoernsaenger
facebook.com/bsaenger
mein.vz.net/bjoern-saenger